

glaubt. Wiedervereinigung war für sie ein fernes Ziel, das anzustreben nie Priorität besaß.

Zweitens: Die von London und Paris in aller Eile entworfenen Handlungsoptionen waren konservativ, d. h. erhaltend, nicht progressiv. Sie bewegten sich in überkommenen Verhaltensmustern und bewährten Institutionen, NATO und OSZE und Viermächte-Abkommen. Für die Wiedervereinigung stand kein Modell zur Verfügung; ihre Politik war konturlos.

Drittens: Beide Länder überschätzten die destabilisierende Wirkung der Wiedervereinigung und, zumindest anfänglich, auch ihre eigene Rolle und Einflußmöglichkeiten hierbei. Sie unterschätzten die Eigendynamik und den daraus für die Bundesrepublik fast unvermeidlich folgenden Zwang zu selbständigem Handeln als souveräner Staat. Letzteres weckte, weil ungewohnt, Widerstand und Mißtrauen in London und Paris. Dies umso mehr, als beide sich politisch zunehmend an den Rand des Geschehens und geographisch an jenen Europas verwiesen fühlten, nachdem Deutschland ins Zentrum von beidem gerückt war.

Viertens: Die bestehenden Organisationen NATO und EU erwiesen sich als Rettungs- oder Beruhigungsanker. Dabei zog allerdings Großbritannien die Allianz, Frankreich die Union vor.

Fünftens: Für Großbritannien besonders schmerzlich war die Verlagerung der „special relationship“ der Vereinigten Staaten von ihm weg hin nach Deutschland. Nur seine besondere Rolle im Golfkrieg brachte diese Gewichtsverlagerung wieder einigermaßen, wenn auch nur zeitweilig, ins Lot.

Sechstens und langfristig wohl am wichtigsten: Die beiden ehemaligen Siegermächte Westeuropas sind mit und nach der Wiedervereinigung in die Reihe „normaler“ Mittelmächte zurückgestuft. In ihrem widersprüchlichen und letztlich fast hilflosen Verhalten während des Prozesses der Wiedervereinigung enthüllte sich, daß frühere Könige nicht viel mehr Kleider haben als ihre Mitbürger. Danke sehr.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, Herr Gasteyer für die Interpretation Ihrer Thesen, die uns noch beschäftigen werden. Herr Bingen als letzter, bitte.

Dr. Dieter Bingen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin natürlich auch geehrt, vor diesem Gremium sprechen zu dürfen. Ich habe grundsätzlich drei Länder zu behandeln, werde aber nicht entsprechend 60 Minuten beanspruchen. Meinen Kurzvortrag habe ich aufgebaut in die Teile: Vergleich der Akteure Ostmitteleuropas; innere und äußere Faktoren zur Bestimmung der Interessenlage und Handlungsspielräume Polens; Faktoren polnischer Deutschlandpolitik im Herbst 1989; einige Bemerkungen zur polnischen Politik im Zwei-plus-Vier-Prozeß.

Die drei ostmitteleuropäischen Staaten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn haben auf unterschiedliche und individuell ganz charakteristische Weise den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Umbruchmonaten 1989/90 beeinflußt. Auf diese Umbruchmonate werde ich mich konzentrieren, nicht zurückgehen auf die Daten, die von meinen Vorrednern schon genannt worden sind bis 1956/81.

Bei der Betrachtung und Analyse der Vorgänge, die zur Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands führten, sind grob zwei Phasen voneinander zu trennen: Eine erste Phase bis zum 9. November 1989, in der ein innerer Gärungsprozess in der DDR mit internationalen Auswirkungen die europäische Umwelt in Atem hielt; und eine zweite Phase, die unmittelbar nach dem Mauerfall die deutsche Einheit auf die Tagesordnung der Politik setzte.

Mit Blick auf diese zwei Phasen kann ebenso grob für diese Zwecke der Beitrag der Akteure Polen, Tschechoslowakei und Ungarn definiert werden. Ungarn und die Tschechoslowakei haben seit Mai 1989 bzw. seit September 1989 durch ihre Initiative bzw. durch ihre Reaktion auf die Ereignisse dazu beigetragen, daß die Mauer fiel. Sie waren durch konkrete politische Entscheidungen in den Frühjahrs- und Sommermonaten 1989 mitverantwortlich für die Beschleunigung des inneren Zusammenbruchs des Honeckerregimes; ich verweise hierzu auf meine längere Ausarbeitung, die ich der Kommission zu Protokoll gebe (s. Anlage 2).

Bis zum November 1989 war Polens Beitrag zur Entwicklung in der DDR im Sinne operativer Außenpolitik eher peripher, da es im Sinne von außenpolitischem Entscheidungsverhalten weniger als Budapest und Prag herausgefordert wurde. Freilich war der Beitrag Polens zur Situation im Sommer 1989 in einem weiteren Sinne außerordentlich und entscheidend. Darauf ist schon verschiedentlich heute morgen hingewiesen worden. Ohne die Solidarność-Bewegung seit 1980 und die von ihr ausgelöste Kettenreaktion im sowjetischen Block, v. a. ihren Einfluß auf die sowjetische Politik in den achtziger Jahren, hätte im Sommer 1989 nicht die von Gorbatschow konzedierte Wahlfreiheit für Polen, d. h. die Wahl eines nichtkommunistischen Regierungschefs, anstehen können. In Polen wurden die Machtfragen zuerst gestellt, die zuletzt und am dramatischsten sowohl für die Sowjetunion wie für ihren deutschen Vorposten beantwortet werden mußten. Durch die neue innenpolitische Lage in Polen wurde zudem die strategische Position der DDR im Warschauer Pakt unterminiert. Die in Polen zuerst gestellten Fragen und die sowjetische Antwort à la Gorbatschow erlaubten erst die Budapester und Prager Schritte im Jahre 1989. Aber um auf diese erste Phase zurückzukommen: Im Frühjahr, Sommer und Frühherbst war Polen mit dem Machtwechsel beschäftigt, während Ungarn seine Westgrenze öffnete und die spätstalinistische Tschechoslowakei gegen ihren Willen zu einem Totengräber der DDR wurde.

In der zweiten Phase dagegen, als der Prozeß der Vereinigung Deutschlands Teil der operativen europäischen Politik wurde, war es Polen, das zum Hauptakteur außerhalb des Kreises der Zwei-plus-Vier wurde, während Ungarn und

die Tschechoslowakei, wenn es um die operative Politik ging, nicht in den Verhandlungsprozess eingriffen. Polen war durch die Grenzfrage direkt von der Vereinigungsproblematik tangiert. Man kann sagen, daß Polen materiell am meisten betroffen war von allen Beteiligten, mehr eben auch als Großbritannien und Frankreich, wo es um die Machtfragen und Einflüsse ging, wie Herr Gasteyer überzeugend dargestellt hat.

Da der Vereinigungsprozess im eigentlichen Sinne erst im November/Dezember 1989 begann und Polen wegen der deutsch-polnischen Grenzproblematik (einem Sonderkonflikt im Kontext einer friedensvertraglichen Regelung für Deutschland als Ganzes) am meisten von diesem betroffen war, werde ich mich also im folgenden auf Polens Rolle und Stellung konzentrieren.

Die Interessenlage und der Handlungsspielraum der polnischen Politik im deutschen Vereinigungsprozess wurden von folgenden inneren und äußeren Faktoren bestimmt:

1. der Formulierung einer neuen Staatsräson nach dem demokratischen Systemwechsel im Sommer 1989, die ausgehend von der außenpolitischen Souveränisierung, u. a. den historischen Ausgleich mit dem deutschen Nachbarn als Brücke nach Westeuropa suchte; ich verweise hier wiederum auf meine längere Ausführung für das Protokoll, in der ich die Entwicklung der polnischen Deutschlandpolitik, des deutschlandpolitischen Denkens seit der Mitte der 80er Jahre sowohl in der Opposition aber auch in der Parteiführung darstelle;
2. der erfahrungsgesättigten Maxime „Nichts über uns ohne uns“, die in ihrer tiefenpsychologischen und verhaltensbestimmenden Bedeutung für polnische Politiker jeglicher Couleur gar nicht überschätzt werden kann;
3. dem Nebeneinander von zwei Machtzentren in Polen: dem in der kommunistischen Tradition stehenden Präsidialapparat von Präsident Jaruzelski und dem noch nicht konsolidierten Apparat der Regierung Mazowiecki, in dem wiederum zwei unterschiedliche Denktraditionen miteinander konkurrierten, die von Außenminister Skubiszewski repräsentierte völkerrechtliche Schule und die von Ministerpräsident Mazowiecki repräsentierte Vorstellungen europäischer Gleichgewichtspolitik des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wobei die eine von der anderen natürlich nicht trennscharf auseinanderzuhalten ist;
4. der Tatsache, daß Polen als direkt von einer friedensvertraglichen Regelung für Deutschland betroffener Staat und als alliierte Macht des Jahres 1945 keinen traditionellen Friedensvertrag mit Deutschland verlangte und nicht zum Kreis der Mächte gehörte, die für Deutschland als Ganzes verantwortlich waren, hier gibt es natürlich eine Kollision mit der Maxime „Nichts über uns ohne uns“;

5. einer Mächtekonfiguration in Europa, in der Polen als Noch-Mitglied des Warschauer Pakts und Noch-Verbündeter der Sowjetunion noch nicht über institutionalisierte neue West-Bündnisse und West-Verbündete verfügte. Eigene Interessen konnten nur insoweit erfolgreich gewahrt werden, als die direkt in den deutschen Einigungsprozess nach Ottawa involvierten Staaten, also die Zwei-plus-Vier, sie zu ihren eigenen machten. Bei der Auswahl von sechs Beteiligten mußte der Erfolg polnischer Interventionen von einer realistischen Einschätzung der Interessenlage und mehr noch des politischen Gewichts, des Durchsetzungswillens und Durchsetzungsvermögens jedes einzelnen der am Zwei-plus-Vier-Prozeß beteiligten Staaten im Entscheidungsprozess abhängen.

Nun einige Bemerkungen zu Polens Lage im Herbst 1989. Mit der unerwarteten Bewegung in der deutschen Frage infolge der Flüchtlingsströme und mehr noch durch den Fall der Berliner Mauer im November 1989 beschleunigte sich der Auflösungsprozess der sog. Jalta-Ordnung, der von der demokratischen Opposition seit Jahren gefordert worden war und in Polen selbst innenpolitisch ja realisiert wurde. Fehleinschätzungen des eigenen Handlungsspielraums und der Interessenlagen der Hauptakteure, der Zwei-plus-Vier, die Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten polnischer Politik im deutschen Vereinigungsprozess sind daraus zu erklären.

Im September 1989 hatte die Regierung Mazowiecki im Rahmen ihrer neuen Europapolitik den Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen verkündet. Grundsätzlich war die neue politische Elite zu einer Wiedervereinigung Deutschlands unter westlichen Vorzeichen positiv eingestellt, die allerdings im Spätsommer 1989 noch nicht angestanden hatte. Bemerkenswert ist allerdings, daß in diesem September 1989 polnische Solidarność-Politiker, prominente Politiker wie Bronislaw Geremek und Lech Walesa, während seines Besuchs in der Bundesrepublik sich positiv zur Wiedervereinigung äußerten, zu einem Zeitpunkt, als sie von westdeutschen Politikern dazu direkt sicher nicht gefragt worden sind. Die Freundschaftsofferte von Ministerpräsident Mazowiecki richtete sich am 12. September 1989 allein an die Bundesrepublik, nicht an den direkten Nachbarn DDR. Mazowiecki plädierte für „eine echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspräche“.

Die plötzliche Öffnung der Mauer und der fast lautlose Zusammenbruch der DDR überraschte allerdings dann in Warschau doch. Was die Überraschung und deren unterschiedliche Auswirkungen im Vergleich z. B. zu Frankreich und Großbritannien betrifft, war bestimmend, daß die westlichen Mächte in einem etablierten Setting agierten, während Polen mitten in der Umordnung war und noch keine neuen stabilen Strukturen und etablierten Bürokratien zu eigen hatte.

Der Ballast künstlich geschaffener und bisher aufrechterhaltener Freundschaften und Antagonismen wog schwer. Die Bevölkerung war verunsichert. Neue Ängste vor einem großen Deutschland speisten sich aus Erfahrungen der Vergangenheit, Stereotypen und Vorurteilen. Die neuen Politiker bewegten sich in

einem Umfeld, das ihnen die Umstellung und den Glauben an die eigenen neuen Prinzipien erschwerte. Mißtrauisch beäugt wurde die neue Regierung Mazowiecki von der SdRP, der Nachfolgepartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, deren Presse und der katholisch-patriotischen und nationalistischen Publizistik, die Verrat an der polnischen Staatsräson witterten. So wie Bonns Haltung in der Grenzfrage im Vereinigungsprozess stark innenpolitisch motiviert war, galt dies spiegelbildlich auch für die polnische Seite. Präsident Jaruzelski und der Präsidialapparat mit Jozef Czyrek an der Spitze, der sich schon in den fünfziger Jahren an der Berliner Militärmission mit Deutschland befaßt hatte, wachten über die konservative, das heißt: über das kommunistische Verständnis polnischer „Staatsräson“. Die Regierung Mazowiecki manövrierte sich in eine Klemme zwischen kommunistischer und nationalistischer Reaktion im Lande, Internalisierung sowjetischer Grenzgarantien und dem, was sie als deutsche Unsensibilität empfand.

Zwischen Dezember 1989 und Juli 1990 schien es so, als ob die polnische Diplomatie den Glauben an die eigene, in der Opposition entwickelte Europaphilosophie verloren hätte und Interessensicherung über Deutschland hinweg, nicht mit Deutschland suchte. Traditionelles Balance-of-Power-Denken des Nationalstaats überlagerte plötzlich wieder das eben erst apperzipierte kooperative und integrative Politikverständnis. Besonders bei Ministerpräsident Mazowiecki kamen die alten deutschlandpolitischen Ängste, Entente- und Achsenvorstellungen zum Zuge, ich erwähne nur die Besuche Mazowieckis in London, Paris und Washington.

Nun einige Bemerkungen zur polnischen Politik im Einigungsprozess – ich muß hier einiges auslassen zu der Ausgangsposition im November 1989 unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer. Einen Wendepunkt in der grundsätzlich neuen positiven Deutschlandpolitik, die von der neuen Regierung formuliert worden war, stellte die Reaktion auf die Zehn-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers vom November dar. Dreh- und Angelpunkt der polnischen Politik im Vereinigungsprozess wurde nunmehr die Nichterwähnung des berühmten elften Punktes, also eine Aussage zur Oder-Neiße-Grenze, eben ein Verlangen nach einer Garantieerklärung über diese Grenze. Hinzu kam die Forderung nach der Berücksichtigung der Interessen der europäischen Staaten und der Abhängigmachung der Vereinigung vom Einverständnis ganz Europas. Es kam bei Skubiszewski zu einer Verhärtung des Rechtsstandpunkts und der Ablehnung pragmatischer Lösungen in der Grenzfrage bis zur Vereinigung, die bis zum 28. November noch vorausgesetzt werden konnte. Da hatte man sich auf diese Unterscheidung zwischen völkerrechtlicher und politischer Bindewirkung eingelassen. Nun aber kam man aufgrund des Fehlens des elften Punktes wieder ganz stark auf die Forderung nach völkerrechtlicher Verbindlichkeit zurück.

Seit der Konferenz von Ottawa bemühte sich die polnische Regierung auf diplomatischer Ebene um die Erreichung zweier Ziele: 1. Präsenz bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und 2. eine völkerrechtlich verbindliche Grenzrege-

lung noch vor der Vereinigung. In diesem Zusammenhang wurde der sogenannte Mazowiecki-Plan vorgetragen, in dem vorgeschlagen wurde, daß Bonn und Ost-Berlin zuerst einen Grenzvertrag ausarbeiten und paraphieren und die Ratifizierung dann durch den gesamtdeutschen Souverän erfolgen solle. Darüber hinaus bemühte sich die polnische Regierung um eine weitergehende Internationalisierung des Vereinigungsprozesses. Zu erwähnen sind die Einbeziehung der Nachbarstaaten durch einen Brief Skubiszewskis an die sieben Nachbarn der beiden deutschen Staaten vom 2. März, die Forderung nach Einbeziehung der KSZE und die Intervention in Brüssel, daß die Europäische Gemeinschaft eine Wiedervereinigung Deutschlands nach Artikel 23 Grundgesetz verhindern solle. Am Ende erreichte Polen die Einladung zur Zwei-plus-Vier-Konferenz in Paris, und es erreichte weiterhin, daß am 8. März 1990 vom Bundestag ein Entschließungsantrag verabschiedet wurde, in dem eine Absichtserklärung der beiden demokratisch gewählten Parlamente nach den demokratischen Wahlen der DDR zur Oder-Neiße-Grenze angekündigt wurde. Beide Lösungen, sowohl die Zwei-plus-Vier-Lösung als auch dann der reale Gang des Zwei-plus-Vier-Prozesses bezüglich der Grenzfrage, entsprachen kaum Warschauer Vorstellungen, ganz zu schweigen von der ursprünglich geforderten Einbettung der deutschen Einheit in eine neue europäische Sicherheitsordnung. Auf den Einfluß der Regierungsbildung in der DDR nach den Wahlen, die vorsichtige Umorientierung und den allmählichen Abbau des Mißtrauens der polnischen Regierung gegenüber dem Einigungsprozess im Frühjahr 1990 nach der Äußerung Kohls vor dem Evangelischen Arbeitskreis am 25. März, dem Staatsbesuch von Weizsäckers vom 2. bis 5. Mai, der Volkskammererklärung vom 12. April und der Regierungserklärung de Maizières vom 19. April gehe ich jetzt nicht weiter ein. Auch nicht auf die besonderen Vorstellungen, die die DDR-Regierung unter ihrem neuen Außenminister, Herrn Meckel, einbrachte und die Herr Meckel sicher heute nachmittag selbst noch vortragen wird bezüglich der Oder-Neiße-Grenze, die von der polnischen Regierung begrüßt wurden und von der bundesdeutschen Position abwichen, sowie bezüglich der anderen Position zur Bündnisfrage, die von der polnischen Regierung nicht beifällig beantwortet wurde. Anfang Juli gab es noch einmal einen Winkelzug der polnischen Regierung, als Mazowiecki verlangte, daß die Souveränitätserklärung bezüglich Deutschlands als Ganzes erst nach einer Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Grenzvertrages nach der Wiedervereinigung herausgegeben werden sollte. Erst am Vorabend der Pariser Verhandlungen konnte in einem Gespräch zwischen Genscher und Skubiszewski das Mißverständnis bezüglich der Verzögerung der Souveränitätserklärung und der polnischen Haltung dazu ausgeräumt werden. In der Bündnisfrage hatte Polen sich ebenso wie die Tschechoslowakei und Ungarn von Anfang an gegen die Neutralität Deutschlands ausgesprochen. Allerdings kam es in Bezug auf die NATO-Frage zu differenzierten Äußerungen, darauf kann ich möglicherweise dann noch in der Diskussion eingehen.

Im nachhinein erklärte einer der Vordenker der polnischen Außenpolitik in der Wendezeit, Artur Hajnicz, und das mag hier das Resümee sein, die polnische

Haltung im deutschen Vereinigungsprozess mit den inneren Verhältnissen in Polen: Mazowieckis Konzeption fand allgemeine Unterstützung im Lande. Die Polen reagierten nicht nur den tiefsitzenden Jalta-Komplex ab, sondern auch eine große Woge neuer Befürchtungen und Phobien angesichts der raschen Einigung Deutschlands. Ich zitiere: „Mit ihrem energischen Einsatz für eine Beteiligung Polens am Zwei-plus-Vier-Prozeß verschaffte die Regierung sich Rückhalt in der Bevölkerung, und zugleich zerstreute sie Befürchtungen, daß unsere Angelegenheiten wieder einmal ohne uns gegen unsere Interessen entschieden werden.“ Allerdings: „Was Polen dann im Juli auf der Pariser Zwei-plus-Vier-Sitzung erreichte, hätte man wohl auch ohne den ganzen mühsamen Einsatz erreichen können: die Teilnahme des polnischen Außenministers an einer Sitzung, auf der die Einbeziehung der Grenzfrage in die Gesamtregelung der internationalen Bedingungen der Einigung Deutschlands erklärt wurde.“

Eine allerletzte Bemerkung. Mir obliegt nicht der Vergleich der Haltung Polens mit der anderer Mächte, vor allem Großbritanniens und Frankreichs. Aber wenn man einen Schlußstrich im Vergleich dann doch zieht, wird man feststellen, daß Polen sich wacker geschlagen hat. Es hat sich weniger gegen, vor allem nicht grundsätzlich gegen die Wiedervereinigung geäußert, wie es vor allem in der britischen Haltung eine Zeitlang oder auch bei Mitterrand zum Ausdruck kam. Es hatte nur seine Schwierigkeiten mit der Realisierung dieser aufgrund der eigenen ethischen und politischen Grundprinzipien akzeptierten Wiedervereinigung. Und grundsätzlich hat es sich durch sein Verhalten die Möglichkeiten für eine strategische Partnerschaft mit Deutschland nach der Vereinigung eröffnet. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Bingen auch für Ihren Beitrag, der wie die anderen ebenfalls gezeigt hat, welche Rolle etwa Polen bei der Veränderung der Transformation des Handlungsspielraumes gespielt hat. Ich sage noch folgendes zum Ablauf. Wir müssen heute sehr streng die Pause einhalten, weil unsere nächsten Referenten, die Herren Botschafter Reiter und Kornblum, nur eine beschränkte Zeit hierbleiben können, und zwar bis 15:00 Uhr, so daß wir nach den beiden Beiträgen der Botschafter ab 13:05 Uhr zunächst einmal die Möglichkeit wahrnehmen, durch die Enquete-Kommission Fragen an die beiden Referenten zu stellen. Nach 15:00 Uhr werden wir dann noch die Möglichkeit haben, zu den Kurzreferaten Stellung zu nehmen, so daß wir dann abschließen können bis zur Pause um 15:50 Uhr. Ich darf Ihnen ein gutes Mittagessen wünschen und damit abbrechen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Darf ich Sie bitten Platz zu nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe jetzt die große Freude, Herrn Botschafter Reiter, der bis vor gar nicht langer Zeit in der Bundesrepublik die Republik Polen vertreten hat, zu begrüßen. Ich freue mich, daß Sie kommen konnten, um an unserer Anhörung teilzunehmen, die unter dem Thema „Handlungsspielräume deutscher und internationaler Akteure im Vereini-

gungsprozess“ steht. Ihr Partner, der amerikanische Botschafter, ist noch nicht anwesend. Wir haben vereinbart, daß wir in diesem Fall umzuwechseln und Sie bitten, heute nachmittag zu beginnen. Bei uns in der Kommission ist es üblich, daß die einzelnen Phasen von Mitgliedern der Kommission geleitet werden. Ich hatte nur die offizielle Begrüßung für die Kommission insgesamt Ihnen gegenüber zu machen und das weitere Prozedere wird Herr Professor Jacobsen leiten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ja, meine Damen und Herren, wir wollen unsere Arbeit fortsetzen mit den beiden Beiträgen, von denen die Rede war. Ich hatte mit Herrn Reiter schon die Möglichkeit, über den einen oder anderen Aspekt kurz ein Gespräch zu führen. Es hat sich herausgestellt, in welchem hohem Maße das, was Dieter Bingen hier vorgetragen hat, wahrscheinlich auch die Zustimmung von Herrn Reiter finden wird. Aber warten wir ab, was er hier im einzelnen vortragen wird. Vielleicht könnten wir von Ihnen auch etwas hören über die Einschätzung, die dem vereinten Deutschland nun in Mitteleuropa zuteil wird, und das natürlich vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Erfahrung. Ich darf jetzt bitten, daß Sie zu uns reden, Herr Reiter.

Botschafter a. D. Janusz Reiter: Vielen Dank Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich darf erst einmal die Vermutung bestätigen, daß ich dem, was Dieter Bingen hier gesagt hat über die polnische Rolle im Vereinigungsprozess, weitgehend zustimmen kann. Ich habe Gott sei Dank ihm zuhören können, und deshalb werde ich Ihnen einiges ersparen können von dem, was er bereits vorgetragen hat. Ich will erst einmal aber beginnen mit einem Wort des Dankes für die Einladung, hier an der Sitzung teilzunehmen, und mit einem Wort der Anerkennung für die Arbeit dieser Enquete-Kommission, die ich für großartig und für wirklich besonders wertvoll halte. Ich glaube, es ist eine Gabe an die Zukunft, eine Gabe an die kommenden Generationen und vielleicht das Beste, was man tun kann, um Geschichtsfälschungen in der Zukunft und Mythologisierung von Geschichte zu verhindern. Ich glaube wirklich, das ist etwas Großartiges. Ich sage das auch mit einem gewissen Neid, denn ich vermisse eine vergleichbare Kommission, eine vergleichbare Anstrengung zur Erforschung der jüngsten Vergangenheit in Polen – und das in einem Land, das ja als besonders geschichtsbewußt und in der Geschichte verankert gilt. Es gibt nichts Vergleichbares in Polen, was ich sehr sehr bedauere.

Nun aber zu Polen und der deutschen Vereinigung. Ich muß hier auch den Vorbehalt machen, den, glaube ich, auch Dieter Bingen schon gemacht hat. Es wäre falsch und unfair, die polnische Rolle im Vereinigungsprozess nur in dem engen Zeitraum zu betrachten vom Fall oder der Öffnung der Mauer bis zum 3. Oktober 1990. Man muß die polnische Rolle und den polnischen Beitrag in einem erweiterten Zeitrahmen betrachten. Nur dann kann man, wie ich glaube, zu einem vernünftigen Urteil kommen. Und wo ansetzen, in den 80er Jahren, in der Zeit, in der in Polen zum ersten Mal eine wichtige außenpolitische Diskussion begann? Es gab ja vorher keine Außenpolitik, und auch die Solidarität